

DIE LINKE.

in Niddatal

Der Niddasteg. Schilda lässt grüßen...

Am Ortsausgang Ilbenstadt in Richtung Niederwöllstadt führt eine kleine Brücke über die Nidda. Sie ist Eigentum des Wasserverbandes Nidda. Vor einiger Zeit wurde sie begutachtet, für baufällig befunden und gesperrt.

Nun war diese Brücke eigentlich gar nicht für die Öffentlichkeit gedacht. Trotzdem wurde sie von Spaziergängern genutzt, die jetzt „ihre“ Brücke nicht mehr betreten dürfen und das Naturschutzgelände auf der anderen Niddaseite nur noch über Umwege erreichen können.

Es wurde angefragt, ob man die Brücke nicht ersetzen könnte. Und jetzt wird es politisch.

Lesen Sie Seite 4

Die linke Opposition in Niddatal

Bei der Bundestagswahl 2025 hat DIE LINKE. enormen Zuspruch erhalten. In Niddatal haben 6,7% der Wähler für die Linke gestimmt.

Seit zwei Wahlperioden gibt es auch eine linke Fraktion im Stadtparlament. Leider mussten unsere bisherigen Stadtverordneten Reinhard Frische und Meike Jockers aus persönlichen Gründen ihre Ämter niederlegen. So sind Alexander Klietz und Mathias Lenz zu Beginn des Jahres nachgerückt.

Für den Neustart und für eine gute Arbeit brauchen wir als Politneulinge den Kontakt mit Euch und Eure Unterstützung.

Über einen ersten Kontakt freuen wir uns per Mail: jak.stvv.niddatal@posteo.org. Gerne könnt ihr unseren Stammtisch besuchen: Jeden 3. Mittwoch im Monat im Bürgerhaus Bönstadt. Für einen unverbindlichen Besuch: Schuhmacherei Lenz, Friedberger Straße 24, Ilbenstadt Mo.-Fr.: 17:30 - 19:30 Uhr.



Alexander Klietz



Mathias Lenz

Bauprojekte in Niddatal

Kinder- garten Ilbenstadt

Die Stadt Niddatal hat den Bau des schon so lange benötigten Kindergartens in Angriff genommen. Die Eröffnung steht in Kürze bevor.

Wir unterstützen das Projekt natürlich. Zumal es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommune handelt, die nun endlich nach jahrelangen Verzögerungen realisiert wurde.

Wir hätten den Kindergarten eigentlich lieber auf dem Klostergelände gesehen. Das liegt verkehrstechnisch günstiger und wäre mit seinem Aussengelände kindgerechter gewesen.

Aber wir sind froh, dass Niddatal jetzt endlich den gesetzlichen Anspruch auf Kindergartenplätze sicher stellen kann.

Kauf und Umbau des Klosters zum Rathaus

Sicherlich haben wir als Kommune eine Verpflichtung gegenüber unserem kulturellen Erbe. So betrachtet musste die Stadt in die Bresche springen, als die katholische Kirche - wie zu vermuten ist - die enormen Unterhaltskosten der Liegenschaft finanziell nicht mehr stemmen konnte.

Ein stolzer Preis!

Dass das Kloster allerdings für einen Kaufpreis von 5 Millionen € übernommen wurde, wird den Haushalt der Stadt Niddatal langfristig erheblich belasten! Es ist mit enormen Unterhaltskosten zu rechnen! Schließlich handelt es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude mit erheblichem Modernisierungs- und Renovierungsbedarf.

...und das bei klammen kommunalen Kassen

Niddatal wird in Zukunft mit erheblich geringeren Finanzmitteln zurecht kom-

men müssen. Und ob der Versuch, aus Vermietungen Einnahmen zu erwirtschaften Realität wird, ist nicht absehbar. Aber klar: Niddatal wird über ein repräsentatives, teures Rathaus verfügen, das den Magistrat angemessen beherbergen wird.

Das wird auch teuer!

Die Bürgerhäuser unserer Stadt und das alte Rathaus werden zusehends marode. Es wurden keine regelmäßigen Investitionen getätigt, um die Gebäude zu erhalten. Weshalb sie jetzt sanierungsbedürftig sind.

Das Geld, das in das Kloster investiert wird, würde dafür dringend gebraucht. Auch hier wird die Kommune noch viel Geld in die Hand nehmen müssen!

Unabhängig davon, ob die Gebäude abgerissen, oder saniert werden. Unabhängig davon, ob man sie danach teuer vermieten kann.

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Überall sind in den letzten Jahren Sozialwohnungen abgebaut worden. Niddatal versucht endlich eine Wende. Leider ist sie nicht nachhaltig.

In der Assenheimer Bahnhofstraße wurde ein marodes städtisches Gebäude abgerissen und ein größeres Haus gebaut. Es soll künftig zu sozial verträglichen Konditionen vermietet werden. Dafür ist die Stadt eine Kooperation mit einem Investor eingegangen, der das Grundstück günstig erwerben konnte. Durch Zuschüsse ist er in der Lage, 20% unterhalb der Vergleichsmiete zu bleiben. Nach Ablauf der Mietpreisbindung kann er marktübliche Preise verlangen. Für die Gemeinde ist dieser Wohnraum dann nicht mehr sozial nutzbar. So wird es nichts werden mit der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes!

Wir hätten es lieber gesehen wenn sich die Stadt an einer Wohnungsgenos-

senschaft beteiligt hätte. Oder wenn sie die Auflage machen würde, bei Neubauprojekten 30% der Neubauten mit einer dauerhaften Sozialbindung zu versehen.

Die Stadt Niddatal ist mittlerweile der „Bezahlbarer Wohnraum im Wetteraukreis GmbH“ beigetreten. Es klingt wie eine Wohnungsbaugesellschaft, handelt sich aber eher um eine Unterstützungs- und Beratungsleistung des Wetteraukreises bei der Einwerbung von Fördermitteln. Der Bau und Betrieb der Liegenschaften soll dann vornehmlich von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Privaten geleistet werden.

Wir unterstützen ausdrücklich den Aufbau von Wohnungsbaugenossenschaften da hier das Kapital von den späteren Nutzern selbst eingebracht würde. Damit gehören die Häuser auch denen, die sie bewohnen.

Die schlechteste aller Lösungen ist die Beteiligung von privaten Investoren, da diese naturgemäß maximalen Gewinn aus diesen Geschäften erzielen wollen.

Wir arbeiten also darauf hin, dass die Stadt Niddatal zeitnah Initiativen zur Gründung einer eigenen Genossenschaft ergreift.

Jedenfalls muss auch in Niddatal der Trend umgekehrt werden, dass der Bestand an bezahlbarem Wohnraum immer weiter abnimmt und das Wenige, was wir noch haben, aus der Sozialbindung fällt.

Es sollte zügig kommunale Verantwortung für neue bezahlbare Wohnungen übernommen werden! Die Wohnungsnot ist groß!

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften hätten den großen Vorteil, dass die Beteiligung einer bestehenden kreiseigenen Gesellschaft unschätzbares Know-How mitbringen würde, wenn sie als Planer und Bauträger auftritt.

Fortsetzung von Seite 1

Der Niddasteg. Schilda lässt grüßen...

Der Bürgermeister gab zu bedenken, dass die Stadt mit der Brücke nichts zu tun habe. Sie gehört ja dem Wasserverband.

Außerdem könnte ein Ersatzbauwerk nur nach einem Standard errichtet werden, der es zu einer Fahrradbrücke mit Auffahrampen macht. Das geht aber nicht, weil auf der Ilbenstädter Seite alles im Nichts enden müsste. Denn schließlich kann man im Naturschutzgebiet keinen Fahrradweg bauen. Und dann müssten auch noch die Wöllstädter zustimmen. Der Weg ins Nichts würde ja die beiden Kommunen irgendwie verbinden und deswegen müsste Wöllstadt auch die Hälfte bezahlen. Das sei ein Riesenprojekt, seeehr teuer! Und er sei als Bürgermeister irgendwie dagegen. Soweit, so gut. In der nächsten Bauausschusssitzung war sehr viel Publikum zugegen. In den sozialen Netzwerken

wurde vorher bereits darüber gesprochen, dass man gerne weiterhin einen Steg haben möchte.

Die CDU-Fraktion wollte ein derartiges Wahnsinnprojekt nicht umsetzen. Im Angesicht des Bürgerwillens hat der Herr Bürgermeister jedoch demokratisch eingegriffen und veranlasst, dass der Neubau auf Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit geprüft werden soll.

Die Fraktion der Linken stellte einen erweiterten Prüfauftrag: Man solle prüfen, was es kosten würde, auf die bestehenden Fundamente einen schlichten Holzsteg für Fußgänger zu setzen.

Der Antrag wurde abgelehnt. Der Wasserverband sei für den Rückbau verantwortlich und habe die sehr tief (unter der Wasserlinie) reichenden Fundamente zu beseitigen. Ganz große Baustelle!

Ein Holzsteg mit einer solchen Spannweite sei auch sehr, sehr teuer. Außerdem könnten die Radfahrer auf der gegenüber liegenden Seite ihre Räder ja durch das Naturschutzge-

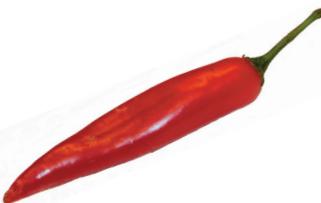
biet tragen und dann brauche man ja doch wieder die Zufahrtsrampen mit den Zuschüssen!

Es fällt schwer einer solchen Beweisführung zu widersprechen. Uns jedenfalls fällt dazu nichts mehr ein. Wir haben unseren Antrag deshalb wegen offensichtlicher Sinnlosigkeit zurück gezogen.

Ach doch! Uns fällt noch ein, dass es ja eine Verkehrswende geben soll.

Sollte da nicht Infrastruktur für Radfahrer und auch für Fußgänger verbessert werden?

Na, dann beobachten wir halt, wie es mit dem Umbau des Klosters weitergeht... oder so.



Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Alex Klietz
Niddatal. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de
Infos zur Kommunalpolitik
finden Sie auf
www.die-linke-wetterau.de